

Oskar Lafontaine und Lothar Bisky präsentierten im März 2010 den „1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE“. Aber erst die Äußerungen der Parteivorsitzenden Gesine Lötzsch im Januar 2011 über „Wege zum Kommunismus“, die „wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung“, hoben diese unabgeschlossene Programmdebatte überhaupt ins öffentliche Bewusstsein. Wie schon die alte PDS, so bewegt sich auch DIE LINKE im Spannungsverhältnis zwischen der Anpassung an die von ihr nicht gewollten Verhältnisse in der Bundesrepublik und der Integration der heterogenen Strömungen bis hin zur kommunistischen Plattform in eine sozialistische Strömungspartei. Sebastian Prinz hat in seiner Arbeit über „Die programmatische Entwicklung der PDS“ diesen innerparteilichen Richtungsstreit zwischen pragmatischen Realpolitikern und sektiererischen Visionären zutreffend beschrieben. Indem Lötzsch sich zum Kommunismus als (Fern-)Ziel bekennt, offenbart sie zugleich, dass sich hinter dem von ihrer Partei angestrebten „demokratischen Sozialismus“ für viele ihrer Aktivisten nur ein erneuter Anlauf zum Kommunismus verbirgt. Dass es ihr damit um die Integration des linksradikalen Spektrums geht, verdeutlichen Solidaritätsbekundungen aus der Partei. So meinte der sachsen-anhaltinische Bundestagsabgeordnete Harald Koch, Lötzsch habe mit ihren Äußerun-

gen „den meisten von uns Linken aus dem Herzen“ gesprochen.

Während Lötzschs Beitrag einer Verbeugung vor den extremistischen Strömungen innerhalb ihrer Partei gleichkommt, bediente Bisky zuvor – und wenig beachtet – durch sein Bekenntnis zur deutschen Einheit und zum Grundgesetz in einem *Spiegel*-Interview die reformorientierten Teile seiner Partei. Zugleich offenbarte er darin eine der Grundschwierigkeiten der parteiinternen Integration: das distanzierte Verhältnis der Linken zum vereinigten Deutschland. Bisky bekennt, dass er sich in Bezug auf die deutsche Einheit 1989/90 geirrt habe: „Ja, ich stehe ausdrücklich zur deutschen Einheit. Ja, dieses Land ist auch unser Land. Diese Einheit hat Freiheitsrechte garantiert, ein Grundgesetz, das hervorragend ist.“ Auf die Frage des *Spiegels*, ob „solch ein Bekenntnis“ in seiner Partei mehrheitsfähig sei, verweist er darauf, dass DIE LINKE keine „separatistische Partei“ sei und die „Nostalgiker in unseren Reihen“ doch aussterben würden. Bisky ist sich bewusst, dass die Grundfrage sozialistischer Programmik zwanzig Jahre nach der deutschen Einheit in der Klärung des Verhältnisses seiner Partei zu diesem Land und seiner Verfassung besteht.

Der vorliegende Programmentwurf klärt dieses nicht, sondern rückt zunächst die „Systemfrage“ in den Vordergrund, die gemeinsam mit dem Geschichtsbild der Partei exemplarisch analysiert wird, um zu klären, was der Entwurf unter „gesellschaftlicher Umgestaltung“ versteht.

Eine Frage von zentraler Bedeutung, wenn man den Weg zum Kommunismus beschreiten will.

Fundamentale Kapitalismuskritik

Der vorliegende Entwurf spiegelt vor allem das Weltbild der extremistischen Strömungen innerhalb der Linken wider. Strömungsübergreifender Grundkonsens und Kernbestandteil aller programmatischen Aussagen bleibt eine fundamentale Kapitalismuskritik. Für die Programmatik einer jeden Partei, die sich auf Marx und Engels beruft, ist diese sogenannte Kapitalismusanalyse zwingend. Sie bestimmt die politischen Ziele und gibt die notwendigen strategisch-taktischen Schritte vor. So wird bereits in der Präambel davon gesprochen, dass die Partei „für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet“, kämpfen will. Die Formel von einer „grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft“ benutzte bereits die SED; sie verstand unter „grundlegender qualitativer Umgestaltung der Gesellschaft“ die Revolution. Offen kokettiert die Präambel mit dieser Interpretation „gesellschaftlicher Umgestaltung“ als langfristigen Ziels: „Wir wollen eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung aller wird.“

Marx und Engels plädierten für die Abschaffung des Staates durch sein langsames Absterben im Rahmen eines Übergangsprozesses vom Sozialismus zum Kommunismus. Er sollte mit einer Revolution und einer Diktatur des Proletariats beginnen. Was im neunzehnten Jahrhundert Theorie war, wurde im zwanzigsten Jahrhundert in den kommunistischen Regimen, die sich als Diktaturen des Proletariats legitimierten, repressive Wirklichkeit zentralistischer Parteiendiktaturen. Das Grundgesetz wurde deshalb 1949

nicht nur in Abgrenzung zur untergegangenen nationalsozialistischen Diktatur formuliert, sondern auch gegen die SED-Herrschaft.

Wenn sich Bisky also positiv zum Grundgesetz bekennt, kritisiert er zugleich den ideologischen Grundansatz des vorliegenden Programmentwurfs seiner Partei. Auch wenn die Linke diese Kausalität leugnet, so wird sie doch in ihrem Programmentwurf konkret, wenn sie von der „Steuerung der Wirtschaft und Gesellschaft“ als programmatischem Ziel spricht, die wiederum nur von der Politik beziehungsweise dem Staat vorgenommen werden kann. Vor diesem Hintergrund sollte auch der weitere Programmentwurf gelesen werden. Das Kapitel II: „Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation“ schreibt die Fundamentalkritik der bisherigen Programme der PDS fort. Es knüpft an die altbekannten Katastrophenszenarien an, die nur durch einen Systembruch überwunden werden können, und zeichnet das Bild eines „entfesselte[n] barbarische[n] Kapitalismus“. Die gegenwärtige weltweite Finanzkrise liefert das Material für das Bild der Partei vom Finanzmarktkapitalismus und seinen Mechanismen. Das Finanzkapital stürze eine demokratische Gesellschaft in die Krise, die globalen Herrschaftseliten entschieden nicht im Interesse der großen Mehrheit der Weltbevölkerung. Staaten und Weltgesellschaft blieben Geisel der Vermögensbesitzer und Spekulanten.

Um die angenommene globale und nationale Krise zu lösen, setzt die Partei aber nicht auf Reformen. Ihr geht es darum, die bundesrepublikanische Wirtschaftsordnung radikal umzugestalten. Allein der Sozialismus erscheint ihr als Ausweg, frei nach Rosa Luxemburg: „Sozialismus oder Barbarei.“ Die Linkspartei „kämpft [daher] in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des einundzwanzigsten Jahrhunderts“ und

somit für einen Prozess, der von „Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet“ sein soll. Die geistigen Grundlagen dieses Verständnisses orientieren sich an dem unter anderen von Heinz Dieterich entwickelten Modell eines „Sozialismus im einundzwanzigsten Jahrhundert“, dem der Entwurf das alte sozialdemokratische Attribut „demokratisch“ hinzugefügt hat. Dieses vor allem in Lateinamerika populäre Modell dient als ideologische Grundlage für die Herrschaft des in der Linken populären venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, dem Dieterich als Berater dient.

Teil eines historischen Projekts

Neben der Kapitalismuskritik dient der Programmentwurf der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und somit der Identitätsbildung der heterogenen Mitgliedschaft. Unter der Überschrift: „Woher wir kommen, wer wir sind“ reflektiert er über die Traditionen und historischen Wurzeln der heutigen Linkspartei, die sich als Teil eines historischen Projekts versteht, wenn sie davon spricht: „Erst die Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals verwirklicht die sozialistische Perspektive der Freiheit und Gleichheit für alle Menschen.“

Auffallend ist vor allem die Betonung des Erbes der KPD. Ideengeschichtlich be ruft sie sich auf deren Tradition, um sie dann im Sinne einer sozialistischen Strömungspartei zu erweitern: „Linksozialistische Bewegungen gehören heute ebenso zum historischen Erbe der Linken wie die Geschichte der Sozialdemokratie.“ Der permanente Rückgriff auf Rosa Luxemburg als politisch-moralische Instanz verdeutlicht, dass DIE LINKE sich auf die sozialistisch-kommunistische Traditionslinie und nicht auf den von Eduard Bernstein vertretenen Reformismus bezieht.

Ahistorisch fällt auch die weitere Betrachtung der Geschichte im Programm entwurf aus. Nicht mehr zu leugnende

historische Tatsachen werden benannt, es wird aber versucht, diesen eine positive Wendung zu geben. So reaktiviert DIE LINKE die Antifaschismus-Tradition der untergegangenen SED, wenn sie betont: „Viele Ostdeutsche setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes, antifaschistisches Deutschland ein.“ Nach demselben Muster wird die SED-Gründung 1946 dargestellt. Der Entwurf betont eine Teilwahrheit, die davon ausgeht, die „große Mehrheit der Kommunistinnen und Kommunisten und zahlreiche Mitglieder der SPD“ hätten die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 unterstützt. Dass Stalin der Geburtshelfer dieser Diktaturparteien war, fällt unter den Tisch.

Der Blick zurück auf die DDR beginnt mit einer Hervorhebung ihrer vermeintlichen Erfolge: „Zu den Erfahrungen der Menschen im Osten Deutschlands zählen die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen, die weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Kultur.“

Marginalisierung der Opfer

Staatliche Willkür und Repressionen, denen die DDR-Bürger massiv ausgesetzt waren, finden dagegen nur in einem Satz Erwähnung: „Auf der anderen Seite standen Erfahrungen staatlicher Willkür und eingeschränkter Freiheiten.“

Ohne die dafür Verantwortlichen zu benennen, reduziert die Linkspartei die Schicksale der Opfer der SED-Diktatur auf eine Art „Selbsterfahrung“. Sie räumt zwar ein, dass ein „Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes demokratisch gestaltet, sondern von einer Staats- und Parteiführung autoritär gesteuert wird, [...] früher oder später scheitern [muss]“, drückt dadurch

aber zugleich aus, dass ein zweiter Anlauf zu einem Sozialismus unter anderen Rahmenbedingungen erforderlich sei.

Wie die Verfasser die friedliche Revolution des Jahres 1989 in der DDR und ihre Folgen tatsächlich bewerten, schimmert in dem Satz durch, der „neoliberale Siegeszug fand seinen Höhepunkt mit dem Übergang zu kapitalistischen Marktwirtschaften in Osteuropa und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion“. Für viele Funktionäre und Mitglieder dieser Partei bedeutet der Untergang des realen Sozialismus bis in die Gegenwart hinein zuallererst den Sieg des Klassenfeindes in Gestalt des Neoliberalismus, der synonym für den Kapitalismus und amerikanischen Imperialismus steht.

„Linke Reformprojekte“

Auf die „Systemkritik“ folgen Überlegungen über „linke Reformprojekte“ als „Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung“. So will die Linkspartei „neue Formen einer Politik von unten“ entwickeln. Obwohl der politische Streik in Deutschland als Mittel der politischen Auseinandersetzung verboten ist, ziehen sich Forderungen danach und nach einem „Generalstreik“ wie ein roter Faden durch den Programmentwurf.

Aufschlussreich sind auch die Ausführungen zum Parlamentarismus. So tritt die Partei für die „Ergänzung der Parlamente durch Runde Tische oder Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen ein. [...] Diese Runden Tische oder Räte sollen die Möglichkeit haben, sozial und ökologisch schädliche Vorhaben zu stoppen und gesetzgeberische Initiativen einzuleiten.“ Dieser Gedanke wird in den Demonstrationen gegen den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofes im Herbst 2010 sichtbar – auch wenn die Linkspartei den Protest nicht initiiert hatte. Der Linkspartei schwebt eine Art Doppelherrschaft vor, so sollen entsprechende außerparlamentarische Einrichtungen das Recht be-

kommen, parlamentarische Beschlüsse zu überstimmen. Ein solches Ansinnen käme einer Transformation des Parlamentarismus gleich. Nicht mehr demokratisch legitimierte Einrichtungen, sondern vom Wähler nicht legitimierte Instanzen, die sich auf zufällige Protestbewegungen stützen, würden künftig über die Geschichte des Landes entscheiden und könnten so wichtige Entscheidungen blockieren.

Extremistische Handschrift

Der Programmentwurf der Partei DIE LINKE trägt die eindeutige Handschrift ihrer extremistischen Zusammenschlüsse. Er enthält Forderungen, die für sich genommen nicht immer als extremistisch bezeichnet werden können. Erst in der Gesamtschau entfalten die einzelnen Aspekte ihren extremistischen Charakter. Sie lassen zugleich die autoritäre Staatsfixierung der Partei DIE LINKE und ihrer Funktionäre und deren etatistische Ausrichtung erkennen.

Vor dem Hintergrund der Äußerungen von Löttsch und Bisky bleibt abzuwarten, wie der Programmentwurf sich weiterentwickeln wird. Innerhalb der Partei gibt es kontroverse Diskussionen. Sie verdeutlichen, dass die Fronten nicht mehr primär zwischen den ost- und westdeutschen Landesverbänden, sondern hauptsächlich zwischen extremistischen Dogmatikern und regierungsorientierten Realpolitikern verlaufen.

Für die weitere Entwicklung bieten sich folgende Szenarien an:

Erstens: Vorausgesetzt, der reform- und regierungsorientierte Flügel der Partei (be-)hält die Fäden in der Hand, so wäre es möglich, dass er den Dogmatikern mit diesem Programmentwurf gezielt die Möglichkeit gegeben hat, ihre Ansichten einzubringen, um unter anderem deren Klientel auch künftig an die Partei zu binden. Im weiteren Verlauf der Programmdebatte müsste dieser dann aber von den Pragmatikern weitgehend

„entschärft“ und dem demokratischen Konsens angeglichen werden. Dadurch könnten die Reformer mit Blick auf die SPD und die Grünen ihre Regierungsfähigkeit unterstreichen und dafür sorgen, dass die Verfassungsschutzbehörden im Bund und in den Ländern die Beobachtung ihrer Partei einstellen. Für die extremistischen Kreise innerhalb der Partei stünde dann die Frage auf der Tagesordnung, sich dieser Entwicklung anzupassen oder die Partei zu verlassen. Für die Gesamtpartei könnte ein solcher Trend den Weg in die Regierungsverantwortung in den Ländern und möglicherweise im Bund ebnen; für die extremistischen Teile würde er im außerparteilichen Sektierertum enden. Ob eine solche Entwicklung allerdings einer demokratischen Überzeugung entspringen würde oder rein taktischer Natur wäre, kann an dieser Stelle ebenso wenig beantwortet werden wie die Frage, ob eine zweite „sozialdemokratische“ Partei im Parteienspektrum der Bundesrepublik links von der Mitte überhaupt erforderlich und überlebensfähig wäre.

Zweitens: Der reform- und regierungsorientierte Flügel der Partei kann sich im weiteren Verlauf der Programmdebatte nicht gegen die Dogmatiker durchsetzen. Die Folge wäre eine weiter gehende Radikalisierung der Partei, verbunden mit der Desintegration der pragmatischen Strömung. Dadurch verlöre sie zumindest im Bund auf lange Sicht jegliche Koalitionsfähigkeit mit der Folge, weite Teile der Parteimitglieder an die SPD und die Grünen zu verlieren und auf das Niveau einer Politiksekte zu sinken.

Für eine Parteiführung, die in ihrer ostdeutschen Zusammensetzung seit zwanzig Jahren eine erstaunliche personelle Kontinuität aufweist und die von ihrem Selbstverständnis, ihrer Sozialisation in der Staatspartei der DDR und ihrem Anspruch, die gesellschaftliche Avantgarde darzustellen, immer regierungsorientiert

war, kann es – allein schon aus taktischen Gründen – kein Zurück zu einem „harten“ Extremismus geben. Soll aus der rechnerischen Mehrheit für eine Politik links von der Mitte, die bereits nach der Bundestagswahl 2005 bestand, künftig auch eine politische werden, so führt kein Weg an einer pluralistischen Ausrichtung der Partei vorbei. Für diese These ist das *Spiegel*-Gespräch mit Bisky ein deutlicher Beleg. Er bezieht sich bezeichnenderweise auf die Bürgermeister der Linken, die „dieses Land gestalten“ wollen.

Programmatischer Spagat

Will DIE LINKE eine sozialistische Strömungspartei bleiben, so muss sie den programmatischen Spagat zwischen den verschiedenen Flügeln weiterhin integrativ lösen. Will die Partei aber ihrem Anspruch, eine demokratische und somit auch koalitionsfähige Partei zu sein, gerecht werden, muss sie auch programmatisch in der Bundesrepublik ankommen. Unter dem aktuellen politischen Druck legten deshalb die zum regierungsorientierten Flügel zählende stellvertretende Parteivorsitzende Halina Wawzyniak und der Schatzmeister der Partei, Raju Sharma, am 11. Januar einen alternativen Programmentwurf vor. Dieser präsentiert sich unter anderem sprachlich weniger aggressiv als der offizielle Entwurf, beurteilt die DDR kritischer und senkt die Hürden für eine Regierungsbeteiligung.

Nicht nur um weiter ernst genommen zu werden, auch um des innerparteilichen Klärungsprozesses willen wird DIE LINKE nicht umhinkommen, ihren Ankündigungen Taten folgen zu lassen und bis Ende 2011 – und somit rechtzeitig vor den nächsten Bundestagswahlen – ein neues Parteiprogramm vorzulegen. Einfluss auf diesen innerparteilichen Klärungsprozess haben nicht nur die Mitglieder der Linken, sondern auch die Wähler in den sieben Landtagswahlen dieses Jahres.